

Der Volksstaat

Abonnementspreis für ganz Deutschland 16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 15ten Monat und auf den 1ten Monat besonders angenommen; im Kgr. Sachsen u. Pragsch. Sachsl.-Mienburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 5 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig Mittwoch, Freitag, Sonntag. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Peter Hoff, S. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Rgr., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Rgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 102

Mittwoch, 2. September.

1874.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat September zu 5 1/2 Silbergrößen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 6 Rgr. bei der Expedition, Reiterstraße 44, und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Reuschönfeld, u. c. bei Frau Friedrich, Anger Nr. 5, für Sonnawitz u. bei Teubert, Vornaische Straße 19, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg bei Horn, Hauptstr. Nr. 95, für Plagwitz und Lindenau bei Fr. Schuster, Merseburgerstr. 26, für Sohls u. bei D. Penkert, Hauptstr. 19.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 8 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Engelauer 6b, 4 Treppen; — Kubenow, Brunnenstraße 34 im Laden; Meyner, Elisabethstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61. Kranje, Riondsirchplatz 2, 3 Tr.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten

Ein alter Verbündeter.

Drei Jahre sind es her, daß unter dem Titel: „Thaten und Namen“ von Bernhard Freund, Doktor beider Rechte und der Philosophie, ein Buchlein erschien, das gegen Lorenz Stein, den Hauptverfechter des göttlichen Staates, und gegen seinen Schüler, den vielgenannten königlichen Professor Oeneist sowie seine Räuber, die Herren Treitschke und Consorten Front machte. Bei ersterem wies er das Bekehrte seines Standpunkts nach und stellte dem göttlichen, von der Gesellschaft getrennten Staate den Staat gegenüber, welcher „nur ein Mittel zur Erreichung der Zwecke der Gesellschaft und nichts weiter“ ist. Zu Oeneist nahm der Verfasser einen Standpunkt ein, wie er dem „großen Staatsrechtler“ der Bourgeoisie gegenüber noch niemals zuvor behauptet worden war. Alle bis dahin erschienenen Kritiken der Arbeiten Oeneist's hatten in mehr oder weniger überschwenglichen Wehrausdrücken bestanden, die häufig auch noch höhere Rassen fanden als diejenige, für die sie bestimmt waren. Oeneist war das Schoßkind der allerhöchsten Regionen und der Hofes der Bourgeoisie geworden, die andächtig seinen Worten lauschte und alle Hebel in Bewegung setzte, seinen Staat zur Durchführung zu bringen. Freund gebührt das große Verdienst, den Oegen von seiner Höhe gestürzt und den Zukunftsstaat der Bourgeoisie als den Polizeistaat des 16. und 17. Jahrhunderts gezeichnet zu haben, als eine Zwangsanstalt, welche die Selbstständigkeit aller von unten nach oben zur Allgemeinheit strebenden und zu eigener Organisation berechtigten engeren Verbände in wesentlichen Beziehungen unterdrückt. Bernhard Freund war es, welcher den Oeneist'schen Staat als den Staat der bestehenden Klassen entlarvte und ihm gegenüber die Rechte der arbeitenden Klassen betonte. „Obzichtigkeit“ und „Verwaltung“ und „Ernennung“ bilden die Hauptbegriffe des Oeneist'schen Staates, im „Amte“ erreiche die Zwangsanstalt ihren Gipfel. Für eine active Theilnahme des Volkes an öffentlichen Funktionen außerhalb des Aemterkreises ist kein Raum geschaffen, und wie Fürst Windischgrätz den Menschen erst mit dem „Baron“ anfangen läßt, so gestattet Oeneist die Existenz des vollständigen Bürgers erst vom Beginn seines Wirkens als „angestellter und dressirbarer Beamter.“

„Innere Harmonie soll das Selbstgovernment zu Stande bringen. Sein wahres Wesen entpuppte sich jedoch als eine mit obrigkeitlicher Einwilligung in Thätigkeit gesetzte Maschine zum Hineinpressen der bestehenden Klassen in das unentgeltlich zu besorgende Amt.“... Dieser nach dem Recepte von Oeneist eingerichtete Staat läßt im Grunde keine genaue und strenge Vormundschaft aus. Wie der Einzelne zur Sittlichkeit erzogen wird, so soll das Volk zur Erfüllung von Staatspflichten pädagogisch geleitet und unter Umständen gezwungen werden. Eine ewige Unmündigkeit des Volkes setzt er aber voraus und perpetuiert somit einen in allen sonstigen normalen bürgerlichen Verhältnissen bloß vorübergehenden Zustand. So väterlich beseligend ist er, für die Freiheit zu sorgen! Zwar eine stitliche Regierung wird von ihm postuliert; wie es jedoch dabei mit der Menschwürde steht, beweist wohl hinlänglich der Umstand, daß dieser Staat nur ein Staat der bestehenden Klasse ist. Mit den nicht bestehenden Ständen, d. h. also mit der Majorität der Bevölkerung weiß der Bewunderer altenglischer Institute überhaupt eigentlich gar nichts anzufangen. Bloß als steuer- und kriegsdienstpflichtige Masse, sowie etwa noch als brauchbares Stimmvieh und vielleicht selbst als interessantes Erziehungsmaterial nach Gebühr gewürdigt, bleibt der Besitzlose faktisch von jeder spontanen und activen Theilnahme an der Realität des Staatslebens ausgeschlossen. Dem Genuße der zwar nicht einzigen, aber doch einer der reichhaltigsten Quellen, aus welcher politische Bildung geschöpft werden kann, entweder entberuhungsvoll zu entsagen, oder dem doch keineswegs immer auch mit Intelligenz ausgestatteten Besitzer unbedingtes Vertrauen schenken zu müssen — diese Alternative soll das staatsrechtliche Schicksal unbedingtem dem Proletariat des 19. Jahrhunderts bieten, der doch mehr als je dem Sohne der Altmene gleicht, welcher nach langen Kämpfen in Schmerzen und Flammen geküchelt, aus niedrigem Knechtendienst zu den Sigen der Himmlischen emporsteigen will und gewiß nicht jene Neigung zur Resignation besitzt, am die auf Illusionen beruhende Theorie zu befriedigen, welche dem Oeneist'schen Selbstgovernment die Fähigkeit zuschreibt, den Gegensatz der Interessen der verschiedenen Stände auszugleichen.

Wer ist sanguinisch genug, folgende Situation für möglich zu halten? Der an der Wohnstätte des im Ueberflusse schwelgenden Industriellen vorbeigehende hungernde Arbeiter ertheilt dem unabänderlichen Verhältniß von Besitz und Arbeit — trotz des Widerspruchs eines leeren Magens — seine willige Anerkennung, indem er einseht, daß dieses Verhältniß durch die Erfüllung schwerer staatlicher Pflichten insofern legalisirt und veredelt wird, als der Reiche im Schweige seines Angesichts unentgeltliche Staatsarbeit verrichtet.“

So Bernhard Freund über den Oeneist'schen Staat. Wir könnten das Bild nach den trefflichen Schilderungen, welche der Verfasser in dem Buche liefert, noch bedeutend erweitern. Blatt für Blatt bietet eine Fülle von Gedanken neben einer vernichtenden Kritik des Oeneist'schen Staates und der staatsrechtlichen Richtung, als deren Führer der königliche Professor betrachtet wird. Wir müssen es uns leider versagen, die wertvolle Arbeit so erschöpfend zur Kenntniß der Leser zu bringen, wie sie es verdient. Der Oeneist'sche Staat, dieser Staat der bestehenden Klassen, ist inzwischen in Preußen zu Fleisch und Blut geworden. Die vielgenannte und berüchtigte preussische Kreisordnung, das ur-eigene Kind des Herrn Oeneist, bildet das Hauptfundament desselben. Vielleicht nicht mit Unrecht beschränkt die ostpreussischen Banern, daß die Kreisordnung dazu geschaffen sei, in die Leibeigenschaft zurück zu führen. Was diese Oeneist'sche Kreisordnung der Sozialdemokratie gegenüber für eine Aufgabe hat, das ist i. B. von der Kommission der preussischen Regierung im Abgeordnetenhaus unverhohlen ausgesprochen worden. Durch das Gesetz sollte ein Wall errichtet werden, um von den Landbezirken das Gift des Sozialismus fern zu halten. Die ganze liberale Bourgeoisie hatte für dieses Gesetz gestimmt, die Fortschrittspartei mit dem bekannten „innerlichen Widerstreben“ und dem erprobten pflichtmäßigen Eifer. Man begreift diese Einmüthigkeit der liberalen Bourgeoisie, wenn man die schneidige Kritik liest, welche Bernhard Freund dem Oeneist'schen Staate widerfahren läßt.

Der Verfasser hat später das Buch: „Thaten und Namen“ einem größeren sozialpolitischen Werke einverleibt, das sich über Kirche, Staat und Gesellschaft verbreitet und von ihm den bezeichnenden Titel: „Titanen und Pygmeen“ erhalten hat. Er selbst bezeichnet es als einen Streifzug durch die erwähnten Gebiete. Wir finden darin denn auch mehr Streiflichter — auf Personen und Dinge geworfen, als doctrinäre Abhandlungen. Diese Streiflichter aber fesseln durch ihre Wahrheit und Frische, und wo sie breiter werden, wie in der Abfertigung Oeneist's, glänzen sie durch ihren geistvollen Inhalt. Wichtige Schlüsse führt der Verfasser gegen das Manchestertum und die Gegner des Sozialismus im Allgemeinen, auch zeigt er sich als ein eifriger Advokat Passalles bez. seiner Lehren. Wie er selbst über die Lösung der sozialen Frage denkt, läßt er bei Gelegenheit einer Besprechung des Wesens der Arbeiter-Fortbildungsvereine erkennen. Sie wollen (die Arbeitervereine) des vierten Standes innere Emanzipation verbreiten helfen, die mit dem äußeren Schutze gegen das nicht zu bestreitende Uebermaß etwa mißbrauchende Kapital Hand in Hand zu gehen hat. Die soziale Freiheit kann doch nur auf dem Grunde einer vorhergegangenen geistigen Befreiung fruchtbare Entwicklung finden. Sittliche Tugenden vermögen es allein, jene erstehnte, wahrhaft volksthümliche Demokratie anzubahnen, in der eine den Forderungen der Ethik entsprechende Regelung des Güterbesitzes und der Lohnverhältnisse auf dem sicheren Wege friedlicher Evolutionen sich von selbst vollziehen muß. Dieses erhabene Ziel schwebt den Arbeiterbildungsvereinen in der That vor; allein nur vermittelt einer vollkommeneren Organisation können sie es mit Aussicht auf Erfolg erstehen.“

Bernhard Freund bezieht sich hierbei auf Johann Jacobys „Das Ziel der Arbeiterbewegung“, welche Rede „goldene Früchte in silberner Schale“ hieß.

Hat sich Freund, wie aus dem eben citirten Satz erhellt, auch noch nicht vollständig zum Sozialismus durchgearbeitet (die „Regelung des Lohnverhältnisses“ setzt ja die Anerkennung des Lohnverhältnisses voraus, welches der Sozialismus beseitigen will), so muß seine Denk- und Anschauungsweise ihn doch mit logischer Nothwendigkeit zu den letzten Konsequenzen des Sozialismus führen. Und schon kämpft er tapfer auf unserer Seite, ein unverwundlicher Feind unserer Feinde.

Was wir den Lesern mitgetheilt, reicht jedenfalls hin, unsere Uebersicht zu rechtfertigen und Bernhard Freund in den Reihen der Sozialdemokratie diejenige Anerkennung zu verschaffen, auf die er mit vollem Rechte Anspruch machen darf.

Wer es vermag, und dies sei besonders den Agitatoren der Partei empfohlen, setze sich in den Besitz der „Titanen und Pygmeen“, die eine reiche Quelle zur richtigen Beurtheilung der Zeitverhältnisse bilden.

Ueber den Ursprung der Unruhen bei Königsberg.

Fast sämtliche Zeitungen haben lange und breite Artikel über die hier um Königsberg stattgehabten Arbeiter-Revolution veröffentlicht, dabei sich sehr bemüht, dieselben der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in die Schuhe zu schieben, besonders die Duendnauer Demonstration. Kein Blatt hat die Ursache und den Anfang dieser Revolte erwähnt, selbst der „Volksstaat“ nicht. Der Anfang war folgender:

„In Ernsthof bei Königsberg resp. Duendnau (der Besitzer des Gutes heißt Jacher, ist zugleich Kaufmann in Königsberg) hat

der Arbeiter Minin bis zu Anfang dieses Jahres im Ganzen mehr denn 15, schreibe fünfzehn aufeinanderfolgende Jahre treu und fleißig gearbeitet; jetzt ist derselbe schwach und beinahe fertig fürs Grab, ein Knodengerüst mit grauer Haut überzogen. Anfangs dieses Jahres sollte derselbe nebst Frau fort, er fand nirgends Aufnahme und machte Miene zu bleiben; darauf wurde er nebst Weib und seinen Habseligkeiten in einen schlechten Schweinestall placirt. Jetzt suchte er sich außerhalb Ernsthofs gegen billigen Lohn Arbeit. Herr Jacher erwirkte drei Tage Gefängniß für Minin, weil derselbe Ernsthof nicht verließ und sich keine Wohnung anderweitig beschaffe. Minin wurde nun drei Tage in die Klaus (Klaus, Ortgefängniß) zu Duendnau eingesperrt. Bald darauf sollte derselbe weitere 8 Tage Gefängniß verbüßen, zu welchem Zweck er auf dem halben Wege aus der Stadt nach Ernsthof von einem Gendarm und noch einem Beamten abgefaßt wurde, Minin wollte links nach dem Schweinestall zum sauer verbienten länglichen Abendbrot; er mußte rechts nach dem Gefängniß. Dieses war noch nicht erreicht, als Hilfe kam; Arbeiter aus Ernsthof u. c. befreiten denselben aus den Händen der Beamten, wobei weiblich hin und her gezerrt wurde, und führten ihn in den Schweinestall zu Ernsthof — nachher ging's los zur Klaus — diese wurde in Stücke zerbrochen, so daß nicht die Fundamente liegen blieben. Dies der Anfang, wie Minin und Andere berichten. Derselbe lebt noch, ist übrigens zu den 8 Tagen Gefängniß nicht wieder geholt worden, hat auch ein Löchlein am Landgraben zur Unterkunft gefunden, Ernsthof verlassen.“

So schreibt uns unser Correspondent, der zuverlässig ist und in der Lage, den Sachverhalt zu kennen. Einige Punkte sind in dem Bericht noch dunkel, oder wenigstens nicht vollständig klar; im Ganzen aber trägt derselbe das Gepräge der Wahrheit, und das traurige Bild, welches er uns von der Lage der Landarbeiter entrollt, ist unzweifelhaft ein Lebensbild. So lebt das arbeitende Volk! — Für den fleißigen Sohn der Arbeit, wenn er im Dienst des Kapitals seine Kraft aufgebraucht hat und kein lohnendes Objekt mehr für die Ausbeutung ist — der Schweinestall! Und in den Palästen? — Ist es die Arbeit, welche darin wohnt? die Arbeit, die alle Berthe schafft? O, diese beste der Welten! Und da sucht man noch nach verborgenen, geheimen Triebfedern dieser Unruhen — nach strafbaren Wüstereien und Zettelleien. Ihr Herren glaubt wohl, ein sozialistischer Agitator müßte es dem Landarbeiter erst sagen, daß der Schweinestall kein würdiger Aufenthaltort ist für einen Menschen, für einen ehrlichen Menschen; für einen Arbeiter? Oder ist der Schweinestall euer politisches Ideal? Der Schweinestall für das Volk? Was sein! Euer Herr Treitschke hat es ja offen bekümmert. Glaubet aber nicht, Ihr Herren, das Volk, das arbeitende Volk, für das Ihr den Schweinestall gut genug haltet, werde sich je schlecht genug halten für den Schweinestall!

Politische Uebersicht.

— Die Steuerschraube. Der Landrath des Rastenburger Kreises in Ostpreußen hat eine Verordnung bezüglich der Veranlagung der Klassensteuer erlassen, worin sich folgende Stelle vorfindet:

„Die richtige Ermittlung des Einkommens aus selbstbewirthschafteten Grundstücken ist zwar schwierig, jedoch durch Einsicht der Wirtschaftsbücher möglich und dabei der Durchschnitt der drei letzten Jahre maßgebend. In Ermangelung von zuverlässig geführten Wirtschaftsbüchern wird auf den Grundsteuer-Reinertrag der einzelnen Besitzungen zurückzugehen, dabei aber keineswegs zu übersehen sein, daß nicht der einfache Grundsteuer-Reinertrag den wirtschaftlichen Reinertrag der Besitzung bilden kann, sondern eine den örtlichen, persönlichen und sonstigen Verhältnissen entsprechende Berücksichtigung des Grundsteuer-Reinertrages wird eintreten müssen.“

Bei kleineren Besitzungen wird die Berücksichtigungszahl höher zu greifen sein, als bei größeren, weil bei diesen in Betracht kommt, daß die Besitzer derselben bei der Bewirthschaftung eine persönlich größere Thätigkeit entfalten und Gesinde, sowie Aufsichtspersonal entweder ganz entbehren können, oder doch nur in geringerer Zahl halten dürfen.“

Mit andern Worten: Weil die Besitzer kleinerer Grundstücke sich mehr zu plagen haben und ihre Wirthschaft selbst führen müssen, statt wie die großen Herren Grundbesitzer in Saub und Brans leben, zuweilen zu Pferde die Ländereien „besichtigen“ und die Arbeiter mit der Reispitze misshandeln zu können, sollen sie verhältnißmäßig höher besteuert werden, als die Großgrundbesitzer. Und damit ja kein Groschen verloren gehe, sind dem Herrn Landrath die doch auch vom Staate vorgenommenen Grundsteuer-Einschätzungen nicht zuverlässig genug, sondern es müssen noch „örtliche, persönliche und sonstige Verhältnisse“ in Betracht gezogen werden! Die Thaler, die im Verhältniß bei solcher Einschätzung bei den Großgrundbesitzern dem Staate verloren gehen, verschmerzt er gern — denn der „kleine Mann“ muß fühlen, daß die Herren Kapitalisten und Großgrundbesitzer den „Staat“ zu dem machen wollen, was ihnen noth thut — zum Nachwächter der kapitalistischen Entwicklung!

*) Er sollte fort — auf wessen Befehl oder Treiben? Wir bitten unseren Correspondenten um genauere Auskunft.

**) Bon Wem?

***) Wurde dies als Grund angegeben?

†) Wofür?

*) Weil wir keinen Bericht hatten.

R. d. S.

R. d. S.

R. d. S.

R. d. S.

R. d. S.

— Auf dem Lande mehren sich die Unruhen. Während in Anklam (Pommern) ein Schmitt wegen „Ruhestörung“ verhaftet worden sind und des „schweren Landesfriedensbruchs“ angeklagt werden sollen, berichtet die „Düppelsche Zeitung“ aus Emden: „Veranlaßt durch die Arbeitseinstellung der an der Einbeziehung zwischen der Stadt und Parzell beschäftigten Arbeiter, haben hier gestern unruhige Auftritte stattgefunden. Gegen 12 Uhr Mittags zog ein ca. 1000 Mann starker Haufe unter Borantragung einer roten Fahne, die Schaulen auf den Schultern tragend, singend und lärmend den Delft entlang dem Rathhause zu. Drei des Weges kommende Gensdarmen gingen den Tumultanten sofort entgegen; der eine stürzte sich mit aufgeflogtem Bajonnet mitten in den Trupp, erfaßte den Träger der Fahne, entriß ihm letztere und warf dieselbe ins Wasser. Einer der Tumultanten schlägt demselben mit dem Spaten den Helm vom Kopfe, welches mit einem Gewehrfolbenschlag auf den Angreifer erwidert wird. Kurz nachher erhielten die Gensdarmen durch Polizeimannschaften und Militärpatrouillen, welche mit blauer Waffe vorrückten, Verstärkung, und wurden nun seitens der Polizei und des Militärs 9 Rädelsführer, welche der Aufforderung, auseinander zu gehen, nicht Folge leisten wollten, verhaftet. Die Auftheilung scharfer Patronen an das Militär bewirkte, daß der Haufe sich bald auflöste und die Ordnung rasch wieder hergestellt war. Etwa 20 Personen wurden verhaftet. Die Arbeiten am Deiche ruhten gestern gänzlich, sind jedoch von dem größten Theile der Strikenden wieder aufgenommen.“

Ganz merkwürdiger Weise erfährt man in keinem Falle die Gründe, warum die Arbeiter „unruhig“ wurden. Wenn es ihnen so geht, wie jenen schlesischen Landarbeitern, die kürzlich ihre Lage in unserem Blatte schilderten, dann begreifen wir, warum „unruhig“ werden. Uebrigens geht aus dem Emdener Bericht hervor, daß die Arbeiter sich ganz harmlos verhielten und daß ein Gensdarm, ohne sie nach dem Grunde ihres Aufzuges zu fragen, mit dem Bajonnet angriff. Daß sie ihm nur den Helm vom Kopf schlugen, beweist doch sicherlich die friedfertige Gesinnung der Arbeiter. Natürlich wurde nicht gefragt, was die Arbeiter wollten, keine Beschwerden wurden angehört, sondern einfach Militär mit blanken Bohnen in Bewegung gesetzt! Die Arbeiter konnten im größten Rechte sein — es gab blaue Bohnen. Und das nennt man Civilisation!

— Ein Kulturbild. Der „Graudenzener Gesellige“ berichtet über einen Ort im Kreise Reidenburg in Ostpreußen — der Ort selbst ist leider nicht genannt — ganz werthwürdige Dinge. Es ist nämlich dafelbst eine ganze Generation ohne jegliche Schulbildung aufgewachsen. Seit dieser Zeit existirt wieder ein Schulhaus und ein Lehrer in diesem modernen Paradiese. Der Schulpatron des Ortes ist Reichstagsabgeordneter, nebensbei Fortschrittmann, der Lokal-Schulinspektor betreibt große Landwirtschaft, mithin haben beide wenig Zeit, sich um die Intelligenz von ca. 200 Einwohnern zu kümmern.

Schredlich, aber nicht unmöglich! Es gibt „fortschrittliche“ Politiker genug, die vom „Fortschritte“ ganz eigne Begriffe haben. Aber warum nennt der „Gesellige“ Namen und Ort nicht? Erst wenn dies geschieht, kann Abhilfe eintreten!

— Für Eisenbahnarbeiter ist nachstehende Mittheilung sehr wichtig:

„Der § 1 des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 bestimmt, daß die Eisenbahnverwaltungen nur dann zur Schadloshaltung verurtheilt werden verpflichtet sind, wenn die Verletzung „bei dem Betriebe“ der Eisenbahn stattgefunden hat. Die Unklarheit dieses Ausdrucks hat bereits zu den mannigfachsten Auslegungen Veranlassung gegeben. Das Reichsoberhandelsgericht in Leipzig hat nun neuerdings in Bezug hierauf eine Entscheidung dahin getroffen, daß unter Umständen bei dem Betriebe einer Eisenbahn im Sinne des § 1 des genannten Gesetzes solche zu verstehen sind, welche entweder bei dem eigentlichen Transportbetriebe selbst, oder bei denjenigen Nebenhandlungen sich ereignen, die mit demselben in unmittelbarem Zusammenhange stehen, d. h. zur Vorbereitung, Ausführung und zum Abschlusse des Betriebes gehören.“

Die bei Eisenbahnen beschäftigten Arbeiter aller Orten werden gut thun, sich diese Entscheidung für vorkommende Fälle zu merken, damit die vielen Ausflüchte, welche gewöhnlich seitens der Haftpflichtigen Unternehmer ergriffen werden, wenigstens bezüglich des Begriffs „Betrieb“ nunmehr unmöglich sind.

— So muß es kommen. „Der Bruch des Arbeitsvertrages“, schreibt die Berliner „Volkzeitung“, „ist nicht streng genug zu tabeln, weil er nicht allein auf die Industrie, sondern auch auf den sittlichen Charakter des Arbeiters nachtheilig wirkt. Um so strenger muß derselbe aber gerügt werden, wenn derselbe auf Seiten der Arbeitgeber, die zumeist darüber klagen, zu Tage tritt. Der Prinzipal einer Buchbinderwaarenfabrik in der Ortschaft entließ dieser Tage einen Arbeiter, weil derselbe krankheitshalber mehrere Tage nicht ins Geschäft kommen konnte, um sich der Geschäftslage halber einer Arbeitskraft zu entledigen. Auf andere Weise konnte er dem Arbeiter, der schon 3 Jahre zu ausgesprochener Zufriedenheit bei ihm arbeitete, nicht gut kündigen und darum wurde die Krankheit als Vorwand benutzt. Eine bestimmte Kündigungsfrist war nicht verabredet worden, mithin hätten die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung in Kraft treten sollen; der Arbeiter sah indess davon ab und verlangte nur, diejenigen Arbeiten fertig machen zu dürfen, für die er bereits die nöthigen Vorarbeiten gemacht, die nicht besonders bezahlt werden, sondern in den Gesamtlohn mit eingerechnet werden. Das verweigerte der Prinzipal, bezahlte aber auch die Vorarbeiten nicht, sich auf den Geschäftsgebrauch berufend. Da der Arbeiter auf sein Recht bestand, bezahlte der Meister auch die bereits vor der Krankheit fertig gestellten und nicht verrechneten Arbeiten nicht. Er weiß recht gut, daß er gerichtlich zur Zahlung veranlaßt werden wird, aber er läßt es eben darauf ankommen. Wenn man nicht des Rechtes verlustig gehen will, sich über die Kontraktbrüchigkeit des Arbeiters zu beklagen, so sollte man doch kein solches Beispiel geben, denn: „Böse Beispiele verderben gute Sitten.“

Der „Küßel“ ist gut und lehrreich zugleich; lehrreich, weil er von der „Volkzeitung“ ertheilt wird, die ja bekanntlich der Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer das Wort redet. Und der obige Fall steht nicht vereinzelt da, wie die zahlreichen Klagen beweisen, die bei dem Berliner Gericht von Arbeitern gegen kontraktbrüchige Arbeitgeber anhängig gemacht worden sind. Die Herren Arbeitgeber können „es eben darauf ankommen“ lassen. Den Mund also nicht zu voll genommen, ihr resolutionirenden und petitionirenden Herren Arbeitgeber, vulgo — Ausbeuter.

— Selbstmorde in der Armee. Die Zeitschrift des königl. sächsischen statistischen Bureau veröffentlicht in ihrer neuesten

Kammer einen Sanitätsbericht über das 12. Armeecorps für das Jahr 1872. Danach waren von 100 Soldaten täglich 3,73 krank und verlor das Armeecorps durch Abgang wegen Dienstuntauglichkeit 420 Mann, außerdem kamen 159 Halb- und 1229 Ganzinvaliden zur Entlassung; die Todesfälle betragen 103, die Selbstmorde erreichten die bedauerliche Anzahl von zweiundzwanzig.“

Ja wohl, „bedauerlich“. Und noch etwas mehr. Ueber 20 Prozent aller Todesfälle in der Armee sind Selbstmorde — das ist ja entsetzlich, aber durchaus nicht zum Berwandern, wenn man die Behandlung der Soldaten ins Auge faßt. Man lese nur, was ein „alter Militär“ in der konservativen und gut bismarckischen „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ darüber schreibt:

„Es sind in der Armee nur ganz außerordentliche Fälle, Aeußerungen einer ganz brutalen Härte, einer nahezu raffinierten Roheit, welche vor das Forum der Öffentlichkeit und des Richters gebracht werden, während täglich Hunderte von gesetzlich auf das Strengste verpönten Beleidigungen, ja zuweilen auch Mißhandlungen, der richterlichen Kognition entzogen bleiben, weil der Kläger fehlt, und dieser findet sich darum nicht, weil er — wir müssen die Wahrheit sagen, wenn wir das Uebel an der Wurzel fassen wollen — weil er sein ohnehin nicht beneidenswertes Loos nicht verschlimmern, dasselbe nicht bis zur Unentrichtlichkeit steigern will, weil er nur selten einen unparteiischen Richter findet. Und diesen findet er nur darum so selten, weil Derjenige, der es sein sollte, bis die Beschwerde auf dem Dienstweg an ihn gelangt, längst präkollupirt ist und in dem Beschwerdeführer nur noch ein unbotmäßiges Individuum sieht, das sich bei jeder Gelegenheit gegen höhere Verfügungen auflehnt, das Dogma der höhern Unfehlbarkeit bezweifelt und als ein räudiges Schaf in der sonst so süßsamen Herde der strengsten Disziplinirung bedarf. Nicht selten ist aber auch Derjenige, welcher Richter sein sollte, der intellektuelle Uebelher erwählter Injurien. Eine Thatsache, welche dem Soldaten, dem Unteroffizier nur zu gut bekannt ist und diesen auch darum zum Schwelgen, zur ruhigen Duldung veranlaßt. Es ist ein hartes Wort, ein schwerer Vorwurf, den wir hier niedergeschrieben haben, aber es ist leider eine unleugbare Thatsache, ein offenes Geheimniß, das bisher nur in engsten internen*) Kreisen besprochen worden ist.“

So der alte Soldat. Abhilfe gibt's da nicht, denn das Uebel liegt im Wesen des Militarismus. Wenigstens nicht Abhilfe, so lange der Militarismus existirt. Die einzige Abhilfe ist die Abschaffung des stehenden Heeres.

— Wie der deutsche Michel aussieht, erfahren wir aus verschiedenen reichstreuen Blättern, allwo zu lesen:

„Kaulbachs letztes Werk ist die künstlerische Verherrlichung der Kämpfe und Siege der Gegenwart. Er hat es seinem Volke durch eigenhändige Unterschrift zugesignet: „Der deutsche heilige Michel gewidmet dem tapfern deutschen Volke.“ Das Blatt stellt den heiligen Michael dar, der jedoch durch das mit dem W verzierte Kreuz auf der Brust sich als einen Deutschen ausweist. Die erhobene Rechte zückt das Schwert, die linke Hand hält den Schild, der linke Fuß der unverkennbaren Siegesbewußtsein zur Schau tragenden Figur tritt auf die Schulter Napoleons, dem die Krone entfallen ist, er drückt den Frankenkaiser nieder, der mit seinem Leib den einen jämmerlichen Anblick gewöhnlichen Eula zu schlingen sucht. Nach rechts schiebt der „Unschlabe“, die an Flächen reiche Bannhülle emporhaltend. Links neben dem „Juaven in Purpur“ ist der häßliche Kopf eines ganz gemeinen Juaven sichtbar. Derselben reihen sich ein zu Boden gesunkener Jesuit und ein auf diesen zu liegen kommender Pfaffe mit einem in der Luft fliegenden Rosenkranz an. Im Hintergrund erblickt man die siegreichen Adler. Photographirt und herausgegeben ist der heilige deutsche Michel von Franz Hauffstängel in München.“

Daß ein großer deutscher Maler sich zu dem Kulturkampf-Bildsinn verirren konnte, ist bedauerlich, aber verzeihlich. Tausend Kaulbachs werden indessen dem deutschen Michel die Bispelmüge nicht wegwischen und die Feldohren nicht verbergen können. Walt noch so viel „zu Boden gesunkene Pfaffen“ an die Wand — so lange sie schaaarenweis im Reichstag und Landtag sitzen, trifft der Spott die „Kulturkämpfer“ selbst! Und malt den „heiligen Michael“, wie er den Bonaparte zu Boden tritt — kein Kaulbach pinselt die Thatsache aus der Geschichte weg, daß der Besiegte von Sedan nicht „zu Boden getreten“, sondern auf das schönste Schloß Deutschlands placirt wurde, nachdem sein Reich zusammengebrochen. Mag Kaulbach den „heiligen Michel“ im „Siegesbewußtsein“ sich spreizen lassen — daß im preussischen Landtage die Pfaffen „liberaler“ waren, als selbst der Fortschritt, bleibt deshalb doch Thatsache! Am Ende hat gar Kaulbach dem deutschen Michel nur zeigen wollen, wie er sich einbildet zu sein, und wie er in Wahrheit nicht ist! Der Spatz wäre nicht so übel und der Spott tödtlich! Nun, wir haben weder mit dem „Kulturkampf“ etwas zu thun, noch rechnen wir uns zur Spyzies der „heiligen deutschen Michel“!

— Die somosen Bodesprünge Agidi's bei Gelegenheit des Rüstinger „Attentats“ sollen es so weit gebracht haben, daß man ihm die Leitung des Reichs-Preßbüreaus entziehen will. An seiner Stelle soll Herr von Radowick das Commando über die Sanbirten-Armee übernehmen. Ob dann Herr Agidi aus der Schale schwagen wird? Ganz ohne „Coartualitäten“ wird's jedenfalls nicht abgehen.

— In Bayern hat sich die bürgerliche Demokratie als Volkspartei neu konstituiert und in einer Flugzettel ihre Grundzüge formulirt wie folgt:

„Die Volkspartei will die freiheitliche Entwicklung des deutschen Reiches auf föderativer Grundlage, verwirft den Centralismus, welcher ganz ohne Rücksicht, ob er die bestehenden Verhältnisse verbessert oder verschlechtert, in allen Dingen nur die gleichmäßige Uniformirung nach preussischer Schablone anstrebt, verlangt den wirklichen, die Selbstregierung des Volkes ermöglichenden, einen Schein-Parlamentarismus und will den Rechts-, nicht aber den Militärstaat. Sie verlangt Trennung des Staates von der Kirche und Befreiung der Schule von der Kirche. Sie fordert: 1) entgeltliches Schulunterricht, Hebung des gesammten Schulwesens und namentlich der materiellen und sozialen Stellung des Lehrerstandes, radikale Reform des Steuerwesens auf gerechter und billiger Grundlage, Förderung des Genossenschaftswesens, Verbot der gewerbmäßigen Kinderarbeit, Aufhebung der Privilegien und Monopole, Gesetze wider den Mißbrauch des großen Kapital- und Grundbesitzes und ausgedehnte Haftpflicht der Unternehmer gegenüber den unverschuldet in ihrem Geschäftsbetriebe beschädigten Personen.“

*) vorringtonommen. **) eingeweihten.

Das Programm ist identisch mit dem im vorigen Jahre von der Volkspartei zu Frankfurt aufgestellten.

— Zu Riesa an der Elbe fand dieser Tage der „Congreß der sächsischen Gewerbe- und Handwerkervereine“ statt. Der Held dieses edel klein- und spießbürgerlichen Congresses war der Handelskammersekretär Dr. Roscher aus Zittau, derselbe, der vor etwa einem halben Jahre durch eine elende Schmiererei über Debel in der „Deutschen Schauerzeitung“ sich als geistig impotent erweist hat. Das „Chemnitzer Tagesblatt“ schildert die Handwerkskammer Roschers in Riesa wie folgt:

„Das Referat über die gestellten Anträge hatte Handelskammersekretär Dr. Roscher-Zittau übernommen. Derselbe schilderte die ungünstigen sozialen Verhältnisse der Kleingewerbetreibenden, beleuchtete die Ursache derselben und sprach sodann die Mittel, durch welche dem Kleingewerbe Hülfе verschafft werden kann. Schließlich beleuchtete der Referent die Stellung der Gewerbevereine zur Sozialdemokratie. Er verlangte größere Rührigkeit bei Wahlen und in Vereinen, betonte, daß die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemildert werden möchten und legte die Pflege der Ideale, Vaterlandsliebe, Religiosität etc. dringend ans Herz.“

Die versammelten Meister scheinen die „Religiosität“ und die „Vaterlandsliebe“ à la Stroußberg aufgefaßt zu haben, denn der Congreß erklärte sich nach dem „Chemn. Tagesbl.“ „nach gründlicher Berathung“ für gesetzliche Einföhrung der Arbeitsbücher, Gestattung der Lohnbeschlagnahme, Bestrafung des Kontraktbruchs und Einföhrung gewerblicher Schiedsgerichte. Weiter wurden die Lehrlings- und Fortbildungsschulfrage, die schwindelhaften Ausverkäufe und die Errichtung einer Centralstelle für Muster, Modelle für Handel und Gewerbe besprochen. Anträge, die Abschaffung des Hausirhandels, Einföhrung der Lehrlingsprüfungen, Entrichtung von Abgaben seitens der Ausverkäufer an die Stadtkassen wurden abgelehnt.“

Einföhrung der Arbeitsbücher, Lohnbeschlagnahme und — jedenfalls krimiale! — Bestrafung des Kontraktbruchs — das sind die Mittel, mit welchen Dr. Roscher die Sozialdemokratie bekämpfen will. Es soll rückwärts gegangen werden und das Kleinmeisterthum bietet die Hand zu einer so schamlosen Unterdrückung der Lohnarbeiter, wie sie kaum noch dagewesen. Und das im Namen der „Vaterlandsliebe“ und der „Religiosität“! Der Egoismus macht die Kleinmeister zu Madern der schlimmsten Sorte! Nun, die Arbeiter haben Augen, zu sehen, und Ohren zu hören!

— Die Rache der Versailler Ordnungsbanden. In der neuesten Nummer seiner „Laternen“ veröffentlicht Rochefort einen Brief eines Marineoffiziers zu Numea (Neu-Caledonien), welcher die Behandlung der Communegefangenen schildert. Gauthier de la Richerie heißt die Bestie, welche Gouverneur von Numea ist und von deren Thaten der Gewährsmann Rochefort erzählt:

„Humbert, ehemals Redakteur des Père Duchêne, ist der Einzige in seiner Abtheilung, der wegen der Commune verurtheilt wurde. Alle seine Genossen gehören zu dem Auswurfe der Vagnos, die man nur durch totale Ermüdung bemeistern kann. Sie müssen täglich zwölf Kilometer gehen, um auf ihren Arbeitsplatz zu gelangen, und dann wieder zwölf Kilometer zurück. Durch die Sonne und die herrschende Hitze ist dies eine der furchtbarsten Strafen. Das Schredlichste für den unglücklichen Humbert ist, daß seine Genossen wegen seiner Erziehung auf ihn eifersüchtig sind und ihn deshalb ohne Grund martern, wozu sie noch von den Wächtern ermutigt werden. Ich sah ihn vor acht Tagen. Er ist erschreckend mager. Er verliert zusehends. Brissac, ehemals Redakteur des Combat, befindet sich in der vierten Division. Diese Abtheilung, die am strengsten behandelt wird, begreift vier Kategorien in sich: Jene, die keine Kette tragen, Jene, welche die einfache Kette, welche die doppelte Kette tragen, und endlich die aneinander Geseffelten. Brissac trägt die doppelte Kette. Lullier konnte ich nicht sehen. Die wegen der Commune verurtheilten lieben ihn nicht und beschuldigen ihn einstimmig des Verrathes, aber sie anerkennen, daß er sich seit seiner Hierherkunft heroisch benommen habe. Seit den ersten Tagen hat er sich geweigert, die Sträflingskleider anzuziehen und sich zur Arbeit führen zu lassen. Man nahm ihm seine Kleider weg und sperrte ihn ganz nackt in einen unterirdischen Keller, wohin das Tageslicht nicht dringt. Fünf Monate befindet er sich bereits dafelbst, immer nackt und an Händen und Füßen geseffelt. Der Commandant des Vagnos ist unbarbarisch. Er begab sich jüngst zu Lullier und fragte ihn, wann er endlich dazwischen willigen werde, die Sträflingskleider zu tragen und zur Arbeit zu gehen. „Wenn ich tot sein werde!“ antwortete er. Lullier ist von herkulischer Kraft. Jeder Andere wäre bereits längst erlegen. Trotz dieser unglücklichen Kraft glaubt der Arzt des Vagnos dennoch nicht, daß er noch länger als drei Monate leben werde... „In der traurigsten Lage befindet sich Roques, der einst Maire von Pateaux war und sogar nach seiner Verurtheilung wiedergewählt wurde. Er wurde wegen willkürlicher Verhaftungen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt. Anfänglich wurde er im Secretariat des Strafhauses der Insel Nou verwendet. Später aber, als politische oder administrative Actenstücke von einer gewissen Wichtigkeit verschwand, beschuldigte man ihn, dieselben in der Absicht, sie zu veröffentlichen, unterschlagen zu haben, und ich glaube sogar, man hatte Recht. Er wurde verhaftet, in einen unterirdischen Keller geworfen, und seit dieser Zeit ist er in der Mitte des Leibes an die Mauer gekettet und trägt einen Knebel im Mund.“ Es heißt in dem Briefe noch weiter: „Jeden Augenblick erhebt sich im Innern des Vagnos für irgend einen Sträfling die Gaillostin, und seine Kameraden sind genöthigt, die Maschine zu errichten und nach vollzogener Hinrichtung das Schaffot vom Blute zu reinigen. Brissac weigerte sich, dies zu thun. Er wurde zur Bastonnade verurtheilt, und seit dieser Zeit muß er, so oft eine Hinrichtung stattfindet, dabei mitwirken!“

Rochefort bemerkt zu diesem furchtbaren Dokument: „Dieser Brief befindet sich in meinen Händen. Ich habe nicht daran geändert und nicht ein Wort hinzugefügt. Und während diese Thaten in Neu-Caledonien verübt werden, schlürft der fahlsch-Berwandte*) aus seinen Gläsern Champagner bei den Präfecten der westlichen Departments, macht Herr v. Broglie seine Gläser schuldensfrei, und Bayane, der wahre Uebelher des Ausstandes vom 18. März, drückt den „kaiserlichen Prinzen“ an sein Herz...“

*) Bekanntlich erzählt man sich jetzt überall, daß Mac-Mahon bei Sedan eine Verwundung gar nicht empfangen und eine solche nur vorgeschützt habe, um sich der Verantwortlichkeit für die Kapitulation zu entziehen. Die glückliche Flucht Bayane's, der das Geheimniß der Verwundung kennt, sowie seine Begnadigung, nachdem er in Versailles zum Tode verurtheilt worden, werden damit in Zusammenhang gebracht.

Sollen wir etwas hinzufügen? Brauchen wir die Arbeiter noch weiter darauf aufmerksam zu machen, wie die Bourgeoisie und ihre Henkerslaute, hoch und niedrig, mit Jenen verfahren, welche menschlich fühlend zu den Waffen griffen, um die Fesseln der Arbeiterklasse zu zerbrechen und Frankreich aus den Händen einiger Verräther zu reißen?

Das Sündenregister der Bourgeoisie wird immer schmachvoller, immer entsetzlicher. Wohl dem, der sich einst frei fühlen kann von dieser Schuld an dem Tage, wo sie gestilgt werden wird.

Der Allgemeine deutsche Schuhmacherverein zu Berlin ist polizeilich geschlossen worden.

Der erfolgreiche Kampf der Münchener Arbeiter gegen die hohen Bierpreise hat überall zum Nachdenken angeregt, wie die hohen Lebensmittelpreise herabzusetzen seien. In Hof und Stuttgart hat die Agitation gegen die hohen Fleischpreise begonnen, während in Nürnberg bereits die Gründung von Genossenschaftsschlächtereien erfolgt ist, um der Willkür der Schlächtermeister Einhalt zu thun. Zwei solcher Etablissements haben es auch ermöglicht, den Arbeitern das Pfand Wurstschinken um 17 Kreuzer zu verkaufen.

Man schreibt uns aus Mainz: „Sie bringen in Nr. 89 des „Volksstaat“ unter „Politische Uebersicht“ einen Artikel: „Berlegung des Amtsgeheimnisses“, an den anschließend, ich von hier über Aehnliches berichten will.

„In dem hiesigen Gefängniß, wo Ihr Parteigenosse Birkas wegen Majestätsbeleidigung zwei Monate Strafe verbüßte, öffnet der Verwalter Ackermann sämtliche Briefe der Gefangenen sobald sie von dem Postboten gebracht sind; desgleichen liest er auch die von den Gefangenen geschriebenen Briefe, bevor sie auf die Post kommen. Wenn ein Gefangener einen Brief schreibt, so läßt der Verwalter Ackermann den Gefangenen durch einen Beschließer überwachen, letzterer kann also ganz nach Belieben die Verhältnisse oder Anliegen des Gefangenen auspähen und, was auch meistens geschieht, ausposaunen. Ist ein Brief geschrieben, dann bekommt ihn ein anderer Gefangener, der als Schreiber auf dem Verwaltungsbureau fungirt, um ihn regelrecht zusammen zu legen. Auch dieser kann nun hineinschnüffeln, denn er wird bei dieser Arbeit nicht überwacht. Kommt ein Briefchen an einen Gefangenen an, so erbrückt ihn der Verwalter, um zu sehen was darin steht. Gefällt dem Verwalter der Inhalt des Briefes nicht, so weiß ich nicht, was damit geschieht, läßt er ihn dem Gefangenen zukommen, so übergibt er ihn einfach einem Beschließer, welcher dann gewöhnlich den Brief heimlich liest, manchmal auch öffentlich vor allen Gefangenen.

Herr Birkas wird dieser Tage hier eine Versammlung abhalten und dabei über seine Behandlung und seine Erlebnisse im hiesigen Gefängniß referiren.“

Soweit der Bericht. Ob von dem Gefängnißverwalter zu Mainz das Amtsgeheimniß verletzt worden oder nicht, oder ob er seine Befugnisse überschritten hat, das sei hier ununtersucht. Und das ist nur darauf an, die Thatfache zu konstatiren, daß die Rechte der Gefangenen — denn auch der Gefangene hat seine gesetzlich gewährleisteten Rechte — in solcher Weise verletzt werden. Und daß sie verletzt werden, kann uns beiläufig nicht Wunder nehmen. Ergeht es doch den Rechten der „Freien“ nicht besser, die sich eher vertheidigen können. Wenn die gepriesenen „Leiter“ und „Reiter“ der Geschicke eines Volkes sich über das Gesetz stellen können, warum sollen da die niederen Beamten nicht versuchen dürfen, dem Gesetze ein Schnippschen zu schlagen? Die National liberalen nennen das „Rechtsstaat“.

Dem „Pester Lloyd“ vom 8. August entnehmen wir folgende Notiz:

„Belanntlich hat im vorigen Jahre der Centralausschuß der bestehenden „Ungarischen Arbeiterpartei“ zur Herstellung seiner beiden Organe „Munkacs-Neti-Kronika“ und „Arbeiter-Wochenblatt“ eine eigene Druckerei in der Kalos-Strabengasse Nr. 9 eingerichtet und hat diesen Akt auch in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit bei der kompetenten Behörde angemeldet. Nachdem aber die erfolgte Anmeldung bei der Ober-Stadthauptmannschaft als Gewerbetheorie nicht gehörig in Evidenz gehalten war, hat die Staatsanwaltschaft gegen den genannten Ausschuß wegen nicht rechtzeitiger Anmeldung der Parteidruckerei auf Grundlage des Preßgesetzes einen Strafprozeß eingeleitet, und wurden die Vertreter des Centralausschusses Anton Jhrlinger (Präsident) und Viktor Kallódi (Sekretär) in erster sowohl als in zweiter Instanz zu 200 fl. Solidar-Geldstrafe, je 14 Tage Haft und Verfahrens-Kosten verurtheilt und die Druckerei unter gerichtliche Sperrung gestellt. Der oberste Gerichtshof jedoch ordnete eine eingehendere Untersuchung an, welche es nun konstatierte, daß die fragliche Anmeldung in der That noch vor Erscheinen der in der neu eingerichteten Druckerei hergestellten zwei Zeitungen erfolgte und wurde auf Grund dessen laut Beschluß des königlichen Gerichtshofes das weitere strafgerichtliche Verfahren in dieser Sache eingestellt und die Parteidruckerei von der gerichtlichen Sperrung befreit.“

Innere Partei-Angelegenheiten.

Als Vertrauensmänner sind dem Ausschusse vorgeschlagen und von diesem nebst Revisoren bestätigt:

Marburg: V. P. Schneider; Ernstthal i. S.: D. Bohne; Limbach: C. Schumann; Heilbronn: A. H. Staudig; Camenz: C. Wendt; Cassel: J. Gerhardt; Ebersfeld: B. Horn; Weiskau: C. Just; Hamburg: E. A. Paulsen; Coburg: R. Krämer; Göppingen: Carl Stetzel; Oberwiesenthal: A. Arnold; Ptersee: J. Steinbacher; Zwickau: H. Hofmann; Schmölln: J. Martin; Apolda: R. Kofe; Göppingen: G. Dronnemeier; Köln: J. Moosopp; Schiedewitz: Fr. Schied; Esslingen: Fr. Silberhorn; Crimmitschau: G. Kwadniewsky; Hainichen: W. Hofemann.

Hamburg, den 29. August 1874.

Der Ausschuß.

J. A.:

3. Auer, Sekretair, Breitestraße 39, Hinterhaus 1 Treppe.

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Leipzig, 26. August. Am Mittwoch den 19. d. M. hielten wir im „Civorado“ eine allgemeine, sehr gut besuchte Versammlung der Schneidergehilfen ab. Tagesordnung war: 1) Die Lage der Schneidergehilfen. 2) Bericht über die Generalversammlung in Halle. Da mehrere Delegirte bei der Rückreise Leipzig passiren mußten, so ersuchten wir dieselben, das Referat zu übernehmen.

Hr. Rick aus München war denn auch so freundlich, ausführlich über den ersten Punkt der Tagesordnung zu sprechen.

Redner wies nach, wie durch die Macht des Kapitals, sowie durch die Großproduktion der kleine Meister gänzlich ruinirt, die Arbeiter immer mehr der Confection in die Arme getrieben und ihre Lage eine immer mehr gedrücktere werde. Er wies ferner nach, daß man jetzt immer mehr darauf hinarbeite, die Werkstätten gänzlich aufzuheben, was nicht nur ungeheuer nachtheilig für den Arbeiter, sondern auch für die Familie sei, indem in den kleinen Wohnungen gewöhnlich gearbeitet, geküßt, geschlafen und gekocht worden. Und das alles in einem Zimmer.

Nachdem Herr Rick in einstündiger Rede alle Krebschäden unseres Gewerbes bloßgelegt, bewies er weiter, wie nur durch einer guten Organisation es möglich sei, unsere Lage zu verbessern. Er forderte schließlich die Anwesenden auf, sich uns anzuschließen, ehe es zu spät werde. Mit lebhaftem Interesse folgten die Anwesenden dem Vortrage.

Zum zweiten Punkt hatte Hr. Barbehenn aus Wiesbaden das Referat übernommen. Nachdem derselbe seinen Bericht beendet und noch einige der anwesenden Delegirten denselben ergänzt hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

In die heranziehende Liste hatten sich 29 Mann eingezeichnet, wovon der größte Theil auch gestern in der Versammlung sich dem Vereine anschloß. Ich hoffe, daß die Uebrigen sich ebenfalls in einer der nächsten Sitzungen einfinden werden.

Euch aber Kollegen, die Ihr immer noch fern von uns steht, Euch gilt unser Ruf: Treiet ein in unsern Band, kämpfet mit uns, und wir werden den Sieg erringen.

Mit Gruß und Handschlag

Für die hiesige Mitgliedschaft:

Adv. Witt, Bev., Eisenstr. 4, I.

NB. Da wir der Räumlichkeit wegen genöthigt sind, unser Vereinslokal schon wieder zu verlegen, so mache ich die Mitglieder sowohl wie die Gäste darauf aufmerksam, daß die Sitzungen nicht Dienstag, sondern vorläufig Montags abgehalten werden und zwar im goldenen Arm, Petersstr. 15, im Hof rechts. Sieh: Ubrigens die Annonce. D. D.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

München. Arbeiter allerorts! Die hiesige Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Töpfervereins steht sich noch einmal genöthigt, auf die in zwei Veröffentlichungen in den „Neuesten Nachrichten“ zusammengetragenen Unwahrheiten einzugehen; besonders auf die neuerdings versuchte Täuschung des Publikums durch die hiesigen Hafnermeister, dahin lautend, es hätte schon ein großer Theil der Vereinsmitglieder die Arbeit wieder aufgenommen. Letzteres ist nicht mehr als eine Eschwindung, da innerhalb 14 Tagen nur ein einziges Mitglied unserer Sache untreu geworden ist, und einem zweiten nur aus besonderen Gründen die Strik-Unterstützung entzogen wurde.

Mit Bezug auf den Lohn können wir wahrheitsgetreu berichten, daß die wiederholte Behauptung der Hafnermeister, ein tüchtiger und fleißiger Arbeiter könne wöchentlich 25 fl. verdienen, von der Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Töpfervereins als eine böswillige Verdrehung der Wahrheit bezeichnet werden muß. Nach der Angabe der Meister müßte es Arbeiter geben, welche 1300 fl. jährlich verdienen — nun giebt es aber auch nicht einen einzigen unter den 183 Gehilfen, die hier in Arbeit waren, welcher so viel verdient hätte!

Wenn die Meister nicht einen Gehilfen namentlich bezeichnen, der den von ihnen angegebenen Lohn sich erarbeitet hat, so belenen sie damit offen, daß sie die Unwahrheit in die Welt hinausgeschrieen haben. Wie plump übrigens das Publikum gestraft werden soll, geht auch daraus hervor, daß bei dem Lohn von 25 fl. per Woche ein Tagelohn von 4 fl. 10 kr. hätte verdient werden sein müssen, während der von den Gehilfen angearbeitete Tarif keinen anderen Lohn als 2 fl. 12 bis 2 fl. 36 kr. per Tag verlangt, — also einen Wochenlohn von 13 fl. 12 bis 15 fl. 36 kr. Es wäre also unsere höchste Lohnforderung weit hinter dem zurückgeblieben, was wir vordem schon hätten verdienen können. Wer das den Meistern glaubt, muß gewiß sehr gutmüthig sein! Daß wir bei unseren Lohnforderungen den Normalarbeitstag von 10 Stunden im Auge haben, gegen den übrigens die Meister bis jetzt nichts einzuwenden hatten, ist selbstredend.

Zu den von den Meistern mit besonderer Vorliebe erwähnten Lohnsteigerungen haben wir noch zu bemerken, daß bei den gegenwärtigen Lohnungen selbst der beste und tüchtigste Arbeiter schon darum sich und seiner Familie keine nur einigermaßen zufriedenstellende Existenz gewöhnen kann, weil einestheils die Preissteigerungen bei allen Lebensmitteln die Lohn erhöhungen wenigstens ausheben und weil andererseits auch die Gehilfen nicht mehr wie früher Logis und Schlafstelle von dem Arbeitgeber erhalten. Alles das ist ungünstiger als es früher gewesen und wenn man noch beachtet, daß bei den jetzigen Affordübernahmen durch die Meister auch die früheren Nebenbezüge dem Arbeiter entzogen, so wird man an der Berechtigung unseres Strebens nach Besserung unserer Lebenslage nimmermehr zweifeln können.

In erster Linie unseren aufrichtigen Dank für die große Opferwilligkeit und warme Theilnahme an unserer gerechten Sache, für die wir kämpfen werden, bis die Meister die berechtigten Ansprüche ihrer Gehilfen respektiren werden. Die Töpfermitgliedschaft in München erachtet es als ihre Pflicht, allen Kollegen und Genossenschaftsgenossen Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz bekannt zu geben, daß seit Beginn unseres Streikes bis heute nur 15 einstmalige Mitglieder die Arbeit wieder aufgenommen haben. — 90 Mann, darunter mehrere Familienväter, sind abgereist. Strikende Mitglieder sind heute noch 73 vorhanden. 18 Mann arbeiten bei den jetzigen Meistern, welche unsere Forderungen bereitwilligst genehmigt haben. Die geküßten Veröffentlichungen der Meister haben bewirkt, daß sämtliche noch strikende Gehilfen sich von neuem durch ihr Ranneswort zum Aushalten verpflichtet haben, bis die Meister in Verhandlungen mit dem Strikecomité und eine Wiederaufnahme der Arbeit ermöglicht haben.

Wir ersuchen alle arbeitersfreundlichen Blätter, Vorstehendem möglichste Verbreitung zu gewähren und unsere Genossenschaftsgenossen bitten wir, den Bezug möglichst fern zu halten.

Briefe und sonstige Sendungen sind gefälligst zu adressiren an Matthäus Käuf, Moosburgerhof, Seidlingergasse 19, 1. Ebenda befindet sich auch die Arbeitsvermittlung.

Das Strikecomité der Hafnergehilfen.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Für den Beitritt zur „Union“ ohne Zwangsweise Einführung des Blattes „Union“ stimmten noch Augsburg, Regensburg. In Cannstadt haben sich 25 Mitglieder der Gewerkschaft angeschlossen. Bevollmächtigter ist Ch. Schramm, bei Sigmund Levi; Kassirer J. Prewo, Eberhardstraße 4; Revisor

Schuppe, bei Wenz, Seelbergstraße. — Ja Postchappel ist Bevollmächtigter: M. Palkmann, bei Reuener, Neuelstraße. Ja Siegen: Philipp Albach, Mühlstraße D 67. Ja Auszsburg: J. Guggenberger, Pflanzengasse D 274. Ja Arden sind die Kollegen behufs Anschluß an die Gewerkschaft thätig.

Collegen all'orts! Eine jede Woche führt unserer Gewerkschaft neue Kämpfer zu. Angesichts dieser erfreulichen Thatfache ist es um so nothwendiger unsere ganze Kraft auf die Agitation zu verlegen. Also überall an die Arbeit. — Ferner möchte ich die Beamten der Gewerkschaft eruchen, während meiner persönlichen Agitation vom 1. bis Ende September, auch Anfang Oktober, die Verwaltung mit unwichtigen Briefen zu verschonen.

Mit Brudergruß

W. Bod.

Correspondenzen.

Leipzig, 31. August. Wie wir vernehmen, hat der bekannte Tagesblatts-Rebakteur und Gosen-Bertilger Hüttner ausläßlich seiner Verdienste in der famosen Amtsblatt-Affäre von seinem Brodgeber Poly den Lauspaß bekommen und wird derselbe mit dem 1. October c. seine segensreiche Thätigkeit einstellen. Zu seinem Nachfolger ist, wie verlautet, der ebenfalls genügend bekannte (Post-) Leonhardt bestimmt. Mein Leipzig, seue dich!

Ghemath, 22. August. In der gestrigen Volksversammlung, in welcher das skandalöse Vergehen der Chemnitzer Handelskammer bezüglich der Kinderarbeit zur Bsprechung kam, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt die Vorschläge der Chemnitzer Handelskammer Standpunkte aus für verwerflich, und verurtheilt entschieden das Gebahren von Korporationen des Handelsstandes, welche sich als Vertreter der Wissenschaft geriren, angeblich die Volksbildung anstreben und die sozialen Verren lösen wollen, und doch nur die rückwärtslose Ausbeutung des arbeitenden Volkes fördern. Die Versammlung erklärt ferner, daß nur festes, einmüthiges Eintreten für die sozialdemokratischen Prinzipien seitens aller Arbeiter den Uebermuth der Fabrikanten brechen kann, und giebt sich das Wort, die Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen die heutige gesellschaftliche Miswirthschaft thätig zu unterstützen.“

Bilkau, 23. August. Die am Freitag den 21. d. M. hier stattgehabte Versammlung der Berg- und Hüttenarbeiter war von 5—600 Personen besucht, und fungirten Hoffmann aus Boidau und Merkel von hier als Borredende. Der Referent W. Liebnicht behandelte zunächst das Haftpflichtgesetz. So wie in § 1 die Haftpflicht in Eisenbahn-Unfällen eine befriedigende genannt werden müßte, ebenso lüdenhaft und unvollkommen sei dagegen § 2 bei Unfällen in Bergwerken, Fabriken u. s. w. Nach § 1 sei die Betriebsdirection einer Eisenbahn gezwungen, in Unfällen, welche nicht durch höhere Gewalt herbeigeführt sind, Schadenersatz zu leisten. Wenn dieser § 1 so gerecht sei, so komme dies einfach daher, daß die Eisenbahn zum größten Theile von reichen Leuten und hohen Beamten benutzt werde. Anders verhalte es sich in § 2; hier sei zu beweisen, daß der Betriebsbeamte die Verschuldung eines Unfalls herbeigeführt habe; der Arbeiter, der arme Mann sei aber nicht in der Lage, die Gesetze so zu kennen, wie es vor Gericht verlangt werde; juristischer Beistand sei oft nicht möglich, weil mitunter im ganzen Bezirke keine unabhängigen Advocaten zu bekommen seien. Auch komme noch § 4 in Betracht, wo es heißt: War der Getödtete oder Verletzte unter Mitwirkung von Prämien oder anderen Beiträgen durch den Betriebs-Unternehmer bei einer Versicherungsanstalt, Raappschafst- oder ähnlichen Kasse versichert, so ist die Leistung der Letzteren an den Ersagberechtigten auf die Entschädigung einzurechnen, wenn die Mitwirkung des Betriebsunternehmers nicht unter einem Drittel der Gesamtleistung beträgt. So z. B. erhält eine Wittwe 50 Thlr. Entschädigung, obgleich das Gesetz 100 Thlr. als die Summe feststellt hat, welche die Wittve von dem Unternehmer zu verlangen hat; es kommen 50 Thlr. in Abzug zu Gunsten des Unternehmers, weil dieser 1/2 Gehalten in die Kasse zahlte, währenddem der Arbeiter 1 Groschen zahlen mußte.

Daß in Bergwerken, Fabriken u. s. w. keine Fälle aufzuzählen seien, wo die Werksführer, Actionäre u. s. w. v. r. unglücklich sind, das beweise die von dem Reichsstatistiker Geheimrath Dr. Engel in Berlin aufgestellte Statistik.

Wenn nun schon der günstige Fall vorhanden wäre, daß Nebenarbeiter die Verschuldung des Beamten oder des Werkes zu Gunsten des Verletzten bezuzen könnten, so komme hier doch die Existenz in Frage; die Arbeiter seien jahrelang auf einem Werke beschäftigt, gehören der Raappschafstklasse an und es drohe ihnen die Arbeitsentlassung, sobald sie gegen das Werk oder dessen Beamten auftreten würden. Der eigentliche Schwerpunkt läge darin, daß die Herren Unternehmer und Actionäre einen Beitrag zu den Raappschafstklassen zahlten nicht aus Nothwendigkeit, sondern aus Eigennuz. In Folge der Beiträge der Besitzer zu den Raappschafstklassen würden die Raappschafstklassen thätiglich von der Arbeitgeberklasse verwaltet, und beständen die Raappschafstverwaltungen zu 3 Theilen aus Arbeitern und zu einem Theile aus Beamten, so sei die Beeinflussung groß genug, wenn nicht Maßregelung eintreten solle. Für den Beitrag, welchen die Werksbesitzer zu den Raappschafstklassen zahlen, haben sie die Arbeiter im Reg; ökonomisch nicht nur seien dieselben in der Tasche der Capitalisten, sondern auch auf politischem Boden hätten Letztere die Macht über die Arbeiter, der Großen, den die Großen bezuzen zahlen, trüge ihnen hundertsache Eente in Gestalt niedriger Löhne und absoluter Macht über die Arbeiter.

Referent bespricht die Ziele der Genossenschaft und giebt schlagende Beispiele aus den Verhältnissen der Englischen Berg- und Hüttenarbeiter. Die deutschen Arbeiter müßten zu Kreuze kriechen, müßten sich bücken vor ihren Arbeitgebern, einfach deshalb, weil die Arbeitgeber die Hand in den Taschen hätten; anders in England. Da sei der Arbeiter furchlos, stehe aufrecht vor seinem Arbeitgeber und verlange und fordere sein Recht; stude er es nicht, gut, da sei die Genossenschaft da, welche einzutreten habe, und koste ein Prozeß auch Hunderte; wenn es sich um die Erlangung des Rechts handle, werde es durchgeführt. Die englischen Bergarbeiter haben ihre Rassen selbst in Händen, sie seien freie Männer. Redner führt noch verschiedene Beispiele an und kommt zum Schluß zum wichtigsten Punkt: da die Raappschafstklassen ein Strid um den Hals des Arbeiters seien, so gebe es nur ein Mittel, die Raappschafstklassen in die Hände der Arbeiter zu bekommen und die Hände der Capitalisten hinauszubefördern: Eintritt soviel als möglich in die bereits bestehende Genossenschaft, welche die Vorwärts zu unterstützen hat. Alles Petitioniren sei zwecklos, alle Schreiberei von Winkeladvocaten gleichfalls; nur der Eintritt in die Genossenschaft bringe Hilfe; diese müsse alle Vorkommnisse der Öffentlichkeit durch die Presse (die sozialdemokratischen Blätter) übergeben; das sei eine gewaltige Macht. Die Öffentlichkeit fürchten unsere Gegner, und solche, welche sich gegen die Arbeiter

inhuman betragen, werden durch die Presse an den Schandpfahl genagelt. Referent führt einige wichtige Fälle über das Recht der Presse, das Recht der Versammlungen u. s. w. an, und kommt auf den Delegirtenstag zu sprechen. Er habe nachgewiesen, daß etwas gethan werden müßte, was die Bergarbeiter aus ihren Fesseln befreie; das sei zunächst die Einberufung eines Delegirtenstages der Berg- und Hüttenarbeiter. Es müßte ein Arbeiterausschuß, ein Exekutivcomité gewählt werden, welches alle Angelegenheiten in die Hand nimmt, die Bewegung organisiert, Material sammelt, eine Denkschrift an den sächsischen Landtag und den deutschen Reichstag übersendet, sowie in der Presse veröffentlicht. Im Reichstage soll in der Herbstsession die Zwangslohnfrage zur Sprache kommen; dort müßten die Knappschaffskassen ebenfalls zur Sprache gebracht werden, und werden die Abgeordneten Geib, Liebknecht und Motteler diese Angelegenheit in die Hand nehmen. Durch den Delegirtenstag, in welchem viele und verschiedene Reden vertreten sein würden, wird die Bewegung unter den Bergarbeitern eine demokratische werden. Referent empfiehlt folgende Resolution: Die heutige Versammlung erklärt es für notwendig, daß sobald als möglich ein Delegirtenstag einberufen wird. Derselbe wurde einstimmig angenommen. Es sprachen noch in sehr eingehender Weise Dogauer, Seiler und Andere für rasches Handeln. Zum Schluß wurden noch 15 Personen aus verschiedenen Berufen und an verschiedenen Wohnorten zu dem bereits aus 10 Mann in Zwickau bestehenden Comité zur Einberufung eines Delegirtenstages ergänzend hinzugefügt. Hoffentlich wird die Saat, welche der tapfere Kämpfer des Rechtes der Arbeiter, W. Liebknecht, ausgestreut, ihre Früchte tragen. (Er. Bülz. u. Bayerstr.)

Hainichen, 23. August. (Ein Reiterstückchen.) Die „Dresdner Presse“ enthält einen Bericht über eine Affaire, die sich in dem Dorfe Cunnersdorf zwischen drei Reitern und einer Anzahl Parteigenossen zutrug. Da der Bericht in jeder Zeile die empörendste Verleumdung enthält, so wollen wir hier auf die Sache näher eingehen. Zuvörderst wollen wir den Bericht selbst vorführen, wie ihn die „Dresdner Presse“ enthält: „Unsere hiesigen Herren Sozialdemokraten scheinen der Ramm wieder bedeutend zu schwellen, einige neuerdings vorgekommene Brutalitäten sprechen dafür. Am vorigen Sonntag Ab. nd kamen einige Herren des hiesigen Reitclubs durch das nahe Cunnersdorf, als ihnen ein Trupp des von einem Ausflug zurückkehrenden sozialdemokratischen Arbeitervereins begegnete. Obwohl die drei Herren zur Seite ritten, vermochten sie doch nicht, den rohesten Insulten zu entgehen. Der Geist des Widerpruchs, verbunden mit dem jedesfalls reichlich genossenen Kartoffelspiritus, entflammte die Herren Arbeiter zu allerhand Rohheiten, wie Schimpfen, Schlägen der Pferde u. s. Nur der Humanität der drei Herren ist es zu danken, daß die Angreifer nicht die wohlverdiente Bekanntschaft mit den Hufen der Pferde gemacht haben.“ Soweit der Bericht. Die „Chemnitzer freie Presse“ berichtet in Nr. 186 vom 13. August über denselben Vorfall folgendermaßen: „Am Sonntag, den 2. August unternahm eine Anzahl Parteigenossen aus Hainichen einen gemeinschaftlichen Spaziergang nach Cunnersdorf, woselbst sich eine Anzahl Deberaner Parteigenossen mit eingefunden hatten, um sich einige Stunden vergnügt zu unterhalten. — Das Vergnügen verlief in schönster Harmonie und Ordnung. Auf der Rückkehr ordneten wir uns zu einem Zuge, welcher seinen ungeführten Fortgang nahm bis an den Gasthof zu Cunnersdorf, wo sich folgender Zwischenfall ereignete: Es hielten daselbst drei Reiter und als unser Zug bis zur Hälfte vorüber war, drängte ein Reiter sein Pferd rückwärts quer über die Straße mitten durch den Zug, und viele unserer Leute konnten deshalb nur mit Mühe seitwärts an dem Stroßengraben vorbeikommen. Ob diese Störung mit böswilliger Absicht geschehen ist, wollen wir bis jetzt dahingestellt sein lassen. Der Zug ordnete sich wieder und der Zwischenfall verlief ohne weitere Folgen. Jedoch der verheerliche Angriff wurde wiederholt. Als wir nämlich ungefähr 200 Schritt vorwärts marschirt waren, folgten uns die Reiter wieder auf den Fersen, ritten weit auseinander und der Eine rief plötzlich: „Wer nicht aus dem Wege geht, den reite ich über den Haufen.“ — Auf diese brutale Aeußerung folgten natürlich auch seitens der Arbeiter einige scharfe Worte. Die drei Reiter nahmen den Wortwechsel auf und stellten sich dem Zug in den Weg, dessen Fortgang verhiindern. Die größte Anzahl Parteigenossen machte dem Standal dadurch ein Ende, daß sie einen Feldweg, welcher ebenfalls zur Stadt führt, einschlugen, mit dem Bewußtsein, die absichtliche Störung seitens der Reiter vermeiden zu haben. Ein Mann, welcher die drei Reiter hat, Störung und Unannehmlichkeiten zu vermeiden, erhielt zur Antwort: „Das machen wir, wie wir es wollen; wir reiten zu unserm Plaisir, wir werden wegen der Bande nicht austreten.“ Um aber die Brutalität der Reiter noch besser zu illustriren, sei auch folgendes erwähnt: Von zwei Arbeitern, welche von den Vorgängen nichts gewußt, da sie einige 100 Schritt voraus waren, sagte einer zu einem zurückgebliebenen Reiter, welcher die andern zwei im Trabe einholen wollte, die harmlosen Worte: „Hui, hui, nur nicht so schau“, worauf ihm dieser „gebildete“ Reiter jubelte: „Du gottverdammter Hund, halt' deine verdammte Gusch“ (auf deutsch: Mund). Ein Reiter behauptete, um sein Auftreten zu rechtfertigen, sein Pferd wäre geschlagen worden, was aber kein Augenzeuger gesehen hat; auch ist sein Pferd unruhig geworden, was jedenfalls beim Empfang von Schlägen geschehen wäre. Die Arbeiter bewiesen überhaupt an den unschuldigen Thieren mehr Humanität, als seitens der Reiter gegen die Arbeiter bewiesen worden ist.“ — So schildert die „Chemnitzer freie Presse“ den Vorfall.

Was den zuviel genossenen Kartoffelspiritus anlangt, so können wir, nach dem brutalen Auftreten der drei Sonntagstreiter zu urtheilen, getroßt behaupten, daß dieselben im Verhältnis das Zehnfache an Spirituosos zu sich genommen haben müssen, wie die Schaar von 50 bis 60 Arbeitern.

In der „Chemnitzer freien Presse“ ist noch bemerkt, daß ganz wahrscheinlich einer von den drei Reitern den verleumdenden Bericht der „Dresdner Presse“ verfaßt habe. Wir dagegen glauben an Stil ein Dorfschulmeisterlein aus Hainichen zu erkennen. Im Uebrigen ist man bemüht, die Angelegenheit bei Gericht zum Austrag zu bringen. Das kann uns nur recht sein.

Hannover. Nach einer Pause von zwei Jahren war von der hiesigen Metallarbeitergewerkschaft auf den 17. August endlich wieder eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen. Wir bezogen die Hoffnung, daß man uns ungehindert, wenigstens auf gewerkschaftlichem Gebiete, an der Verbesserung der erbärmlichen Lage der hiesigen Metallarbeiter arbeiten lassen würde, aber wir hatten uns gründlich getäuscht. Herr Bernhard Richter vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein war mit einer größeren Anzahl seiner Gesinnungsgenossen erschienen, um gegen unser Vorhaben zu wirken. Die Metallarbeiter waren leider nur spärlich vertreten. Unterzeichneter war von den hiesigen Mitgliedern der Metallarbeitergewerkschaft als Referent aufgestellt worden, und wollte derselbe über „die jetzige Geschäftskrise und deren Ursachen und über die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“ sprechen. Obwohl ich wußte, daß ich tauben Ohren predigte, so begann ich dennoch mein Referat. Ich schilderte in Kürze die bestehenden Verhältnisse, verwies auf den zu Ostern d. J. stattgehabten Metallarbeiter-Congress, auf dem gegen 50,000 Metallarbeiter vertreten gewesen wären und bebauerte, daß die Leitung damals in schwache Hände gegeben worden sei. Ich forderte daher alle, die ohne Vorurtheil der Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung gefolgt seien, auf, der Metallarbeitergewerkschaft beizutreten, da dieselbe den Beweis der Lebensfähigkeit geliefert habe und zur Stunde allen statutarischen Bestimmungen gerecht werden könnte, was zur Folge hätte, daß dieselbe erfreulicher Weise, trotz mancherlei Anfeindungen, an Ausbreitung gewinne und für die Zukunft alles Gute verspreche.

Jetzt schien für Herrn Richter die Zeit zum Vorschlagen gekommen. Er sei berufen, über das Wohl und Wehe der Arbeiter zu wachen und die „rauhe“ Seite einer jeden Sache, möge dieselbe sein welche sie immer wolle, herauszulehren. Die gewerkschaftliche Bewegung sei reaktionär, was die Organisation der Buchdrucker beweise, die trotz ihrer guten Organisation nicht vom Fiede kämen. Für eine solche Gewerkschaftsbewegung könne nur ein Justizrath Wagener oder ein Bischof Ketteler plaudern. Trotz dieser abschreckenden Haltung der Gewerkschaftsbewegung gegenüber entblödete sich Herr Richter nicht, für den Metallarbeiterverband einzutreten, der nur um deswillen bis zur Stunde todt sei, weil man die genügenden Geldmittel nicht zur Verfügung gestellt habe.

Jeder Verständige wird einsehen, daß Herr Richter von dem Wesen der gewerkschaftlichen Bewegung auch nicht die blasse Ahnung hat. Anstatt zu untersuchen, warum sich die Masse der Arbeiter der gewerkschaftlichen Organisation zuneigt, wird dieselbe kurzer Hand reaktionär genannt, weil sie nicht heute ist, was sie morgen sein kann. Der Hunger them bekanntlich weh. Und wenn es eine Organisation gibt, die dem Arbeiter schon jetzt die Möglichkeit bietet, auch nach Befriedigung materieller Bedürfnisse zu streben, so ist es nur die gewerkschaftliche Organisation. Darum, Metallarbeiter Deutschlands, eingetretet in die Metallarbeitergewerkschaft und müthig vorwärts geschritten auf dem einmal betretenen Wege. Kämpfen wir für die Besserstellung unsrer materiellen Lage; es ist ein gerechter Kampf. A. Pepsch.

Planen i. B. Am 23. August feierten wir unser Arbeiterfest im Felsenklöschchen hier und hatten uns trotz der sonstigen Rauheit der hiesigen Arbeiter eines unerwartet großen Zuspruchs zu erfreuen. Unser Fest bestand nur in Concert, Festrrede und Abendunterhaltung mit Dclamationen; den Ball hatte man uns nicht erlaubt, wahrscheinlich, damit wir dem Staat den Boden nicht durchtanzten sollen. Aber gerade dies kam uns zu Statten, und statt der beinahe tausend Festtheilnehmer des Mittags, kamen nun Abend ca. 1200 Personen, die auch noch Etwas hören wollten und zu hören bekommen haben. — Wir hatten anfänglich Herrn Liebknecht als Redner angekündigt, und waren auch die Gegner nicht wenig gespannt, den Mann zu sehen und zu hören, über den ihre Presse ihnen so viel vorgelesen. Er konnte aber nicht ab-

kommen, und war deshalb Motteler für ihn eingetreten. Derselbe sprach im Freien vor den aufmerksamen Zuhörern (indem er Liebknecht's Abhaltung entschuldigte) über die doppelten Zwecke der Arbeiterfeste, die einerseits der Erholung dienen, andererseits in der Erholung zu erster Arbeit vorbereiten sollen. Im Vergleich mit den Modesfesten, die darauf berechnet seien, durch äußeren Glanz und Färm das Volk über seine wahre Lage zu täuschen, haben die Arbeiterfeste den Zweck, über die hohen und ersten Aufgaben des Familien-, Gemeinde- und Staatslebens, in denen das Leben des Einzelnen beruhe, nach sozialistischer Auffassung Klarheit zu verbreiten, für sie zu begeistern und die überarbeiteten, geistig schlaffen Massen aufzumuntern. Redner stellte der sogenannten Culturarbeit, die in Kriegerfesten, Siegesfeiern, Nationalfanatismus und in der Befolgung Andersdenkender gipfle, die Grundsätze der wahren Cultur entgegen, die sich nicht auf Kosten des Menschenwohles und des Glüdes von Millionen ihre Wege bahnen, sondern den Menschen leiblich und geistig auf die Höhe seiner natürlichen Selbstbestimmung gehoben wissen wolle, wo die Gegensätze zwischen Herren und Knechten, Ueberfluß und Hunger unmöglich sind. Die Ausführungen des Redners, verknüpft mit Hinweisen auf die Nothwendigkeit und die Art der Organisation, wurden wiederholt mit lebhaftem Beifall erwidert und sein Schluswort: „Wollt Ihr die beste Zeit, so schafft sie,“ wird bei den Arbeitern Planens sicher nachwirken, wenn sie nur einen kleinen Theil der Festrrede festhalten. Dem Festrredner wurde am Schluß von Töchtern unsrer Parteigenossen ein sehr schönes Blumenbouquet überreicht, welches derselbe dankend entgegennahm, und dem erwarteten Liebknecht zu überreichen vrsprach, als ein Zeichen der Sympathie für unsre Sache und der Anerkennung der Arbeiten und Kämpfe des Genannten im Dienste der Partei. An die Frauen und Jungfrauen richtete der Redner sodann noch eine kurze Aufmunterung zur Theilnahme an der gemeinschaftlichen Arbeit. Er sprach über die Stellung der Frauen im Kampf und über die Bedeutung ihrer Bundesgenossenschaft, deren Wichtigkeit man in Planen wohl erfasst zu haben scheint, wenigstens nicht er die Ueberreichung der Blumen als ein ernstes und freundliches Zeichen dafür auf. Ein Hoch auf den Festrredner erwiderte derselbe mit einem Hoch auf unsre Sache und die neuen Bundesgenossen. Der erste Theil des Festes schloß damit, und nach einigen Stunden fanden sich zum zweiten Theile (ohne Ball) noch mehr Leute ein als zu Mittag. Concert und Dclamation wechselten miteinander ab, bis Motteler, von allen Seiten bestürmt und öffentlich aufgefordert, noch Etwas zu sprechen, zum dritten Male den Sprechstand betrat und in fünfviertelstündiger Rede den Satz beleuchtete: „Der Charakter eines Volkes drückt sich in seinen Festen aus“, von dem er sodann weiter ableitete: der Charakter und die Grundsätze der heutigen tonangebenden Gesellschaft haben allerwärts die eigentliche Bestimmung der Erholung und Vergnügung, corrumpt, und nach oben den Ekel der Bällerei, des Tandes, der gegenseitigen Ueberhebung, nach unten das Gift der Habsucht, Uebersinnlichkeit und die Dual der Sorgengedanken zwischen die Freude gestreut. Auf diesem Wege die Wichtigkeit und Berechtigung der sozialistischen Grundsätze und Lehren beleuchtend, kam Redner abermals zu dem Schlag: „Wollt Ihr die beste Zeit, so schafft sie!“ Auch dieser Vortrag fand stürmische Aufnahme und wir denken, daß mit diesem Feste ein guter Anstoß gegeben ist, die zahlreichen Arbeiterelemente hier für unsre Sache zu gewinnen und zu erhalten. Es waren Viele da, die, wie sie selbst sagten, sich die Sache anders gedacht hatten und nun hoffentlich allmählig zu uns stehen lernen. Aufgabe aller Parteigenossen Planens bleibt es aber, den gegebenen Anstoß im Gang zu erhalten und weiter zu tragen. F. J.

Hannover. Nach einer Pause von zwei Jahren war von der hiesigen Metallarbeitergewerkschaft auf den 17. August endlich wieder eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen. Wir bezogen die Hoffnung, daß man uns ungehindert, wenigstens auf gewerkschaftlichem Gebiete, an der Verbesserung der erbärmlichen Lage der hiesigen Metallarbeiter arbeiten lassen würde, aber wir hatten uns gründlich getäuscht. Herr Bernhard Richter vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein war mit einer größeren Anzahl seiner Gesinnungsgenossen erschienen, um gegen unser Vorhaben zu wirken. Die Metallarbeiter waren leider nur spärlich vertreten. Unterzeichneter war von den hiesigen Mitgliedern der Metallarbeitergewerkschaft als Referent aufgestellt worden, und wollte derselbe über „die jetzige Geschäftskrise und deren Ursachen und über die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“ sprechen. Obwohl ich wußte, daß ich tauben Ohren predigte, so begann ich dennoch mein Referat. Ich schilderte in Kürze die bestehenden Verhältnisse, verwies auf den zu Ostern d. J. stattgehabten Metallarbeiter-Congress, auf dem gegen 50,000 Metallarbeiter vertreten gewesen wären und bebauerte, daß die Leitung damals in schwache Hände gegeben worden sei. Ich forderte daher alle, die ohne Vorurtheil der Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung gefolgt seien, auf, der Metallarbeitergewerkschaft beizutreten, da dieselbe den Beweis der Lebensfähigkeit geliefert habe und zur Stunde allen statutarischen Bestimmungen gerecht werden könnte, was zur Folge hätte, daß dieselbe erfreulicher Weise, trotz mancherlei Anfeindungen, an Ausbreitung gewinne und für die Zukunft alles Gute verspreche.

Jetzt schien für Herrn Richter die Zeit zum Vorschlagen gekommen. Er sei berufen, über das Wohl und Wehe der Arbeiter zu wachen und die „rauhe“ Seite einer jeden Sache, möge dieselbe sein welche sie immer wolle, herauszulehren. Die gewerkschaftliche Bewegung sei reaktionär, was die Organisation der Buchdrucker beweise, die trotz ihrer guten Organisation nicht vom Fiede kämen. Für eine solche Gewerkschaftsbewegung könne nur ein Justizrath Wagener oder ein Bischof Ketteler plaudern. Trotz dieser abschreckenden Haltung der Gewerkschaftsbewegung gegenüber entblödete sich Herr Richter nicht, für den Metallarbeiterverband einzutreten, der nur um deswillen bis zur Stunde todt sei, weil man die genügenden Geldmittel nicht zur Verfügung gestellt habe.

Jeder Verständige wird einsehen, daß Herr Richter von dem Wesen der gewerkschaftlichen Bewegung auch nicht die blasse Ahnung hat. Anstatt zu untersuchen, warum sich die Masse der Arbeiter der gewerkschaftlichen Organisation zuneigt, wird dieselbe kurzer Hand reaktionär genannt, weil sie nicht heute ist, was sie morgen sein kann. Der Hunger them bekanntlich weh. Und wenn es eine Organisation gibt, die dem Arbeiter schon jetzt die Möglichkeit bietet, auch nach Befriedigung materieller Bedürfnisse zu streben, so ist es nur die gewerkschaftliche Organisation. Darum, Metallarbeiter Deutschlands, eingetretet in die Metallarbeitergewerkschaft und müthig vorwärts geschritten auf dem einmal betretenen Wege. Kämpfen wir für die Besserstellung unsrer materiellen Lage; es ist ein gerechter Kampf. A. Pepsch.

Entgegnung.
Auf die in Nr. 98 des „Volkstaat“ aus dem „Gewerkverein“ Nr. 33 abgedruckte „Erklärung“ diene Folgendes zur Antwort:

Der von mir in Nr. 89 des „Volkstaat“ bezeichnete Linke äußerte in jener Versammlung: Die Sozialdemokraten werden sich in Spandau verrednen, denn hier wird das Barrilladenbauen unmöglich, die Festungsmauern sind zu dick und der Vaterlandsvoertreibiger zu Viele, man würde ihnen die Luft schon vertreiben. Weiter: Die Sozialdemokraten verlocken die Arbeiter bloß durch Vbrufen und Besprechungen, um sie auszubeuten und wenn dies geschehen, ziehen sie sich zurück und lassen die Arbeiter elendiglich im Stich. Fahren sie so fort, so gebührt ihnen, daß sie mit Knütteln von den Fabrikthüren gejagt werden. Ein anderer Gewerkeverein äußerte: Die Sozialdemokraten demoralisiren die Arbeiter, sie selber sind lauter rohe ungebildete Menschen u. s. w. Diese Aeußerungen sowie der Umstand, daß ich noch nicht auf der Polizei angemeldet und mein Name weder in der Parteiliste noch in der Gewerkschaftsliste eingetragen war, daß aber trotzdem mein Name auf einer im Besitze der Direction sich findenden Liste oben stand, was Parteigenosse Camin bestätigten kann, das brachte mich zu der Ueberzeugung, daß diese Liste nur von einem Ortsvereiner geliefert worden sein kann, da mich in Spandau Niemand kannte als diejenigen Ortsvereiner, die in der Versammlung zugegen waren, in der ich auftrat. Meine Ueberzeugung lasse ich mir aber trotz des Karf'schen Prorestes nicht rauben, so lange nicht bessere Beweise der Schuldblosigkeit beigebracht werden als einfaches Gesafel von der guten Sitte, von der übrigens die oben citirten Ausdrücke eine Probe liefern. Ich kann nach den angeführten Vorkommnissen es getroßt dem Leser überlassen, zu untersuchen, wie Unrecht ich hatte, wenn ich von Denunziationen sprach und wie Recht Herr W. Raust hat, wenn er dagegen protestirt.

Bürlzburg, 25. August 1874. R. Jben.

Für die Inhabstirren in Berlin gingen ferner ein. Sammlung bei Carius am 13. Juli 2 tthr. 4 pf., bezgl. am 20. Juli 3 tthr. 23 gr. 5 pf., bei Meißer am 20. Juli 2 tthr. 7 pf., Sildorf 10 gr., R. in Fr. 2 tthr., am 3. Aug. bei Carius gef. 12 tthr. 25 gr. 6 pf. (incl. 1 tthr. 15 gr. durch Schr.), Mll 6 tthr. 20 gr., am 10. Aug. bei Meißer 1 tthr. 23 gr. 6 pf., am 10. Aug. bei Carius 4 tthr. 15 gr., am 17. Aug. durch Schr. gef. 1 tthr. 9 gr. 6 pf., Zeller. bei Carius am 24. Aug. 3 tthr. 23 gr. 6 pf., durch Lmf 25 gr. Summa 41 tthr. 26 gr. 4 pf.

Für den Unterstüfungsfond der Partei gingen seit dem 1. August d. J. bei dem Unterzeichneten ein:

Reichenbach 1/8. Liste 523 durch Müller, Mathes, Schubert 4 tthr. 3 gr. 6 pf., Liste 527 d. Reindel 22 gr. 6 pf., d. Pauli in Roghlan 1 tthr. 13 gr., Liste 528 d. M. Wöcher 5 tthr. 24 gr., zusammen 12 tthr. 3 gr.; Braunschweig d. Knes 10 tthr.; Schweinau d. Lorenz 24 gr.; Bremen d. F. Busch 26 gr.; Gotha d. C. Gieseler 1 tthr. 12 gr.; Wiefen Liste 1824 inf. 1 tthr. 18 gr.; Schmölln d. J. Martin 15 gr.; Landshut gef. auf dem Arbeiterfest d. Wünschheim 8 tthr.; Bern vom deutschen Berlin 14 tthr. 4 gr.; Angsburg von Arbeitern der Schmiedischen Werkstelle 4 tthr.; Mainz Ueberfluß vom Volksfest 14 tthr. 20 gr.; Schnerberg Ueberfluß vom Arbeiterfest 9 tthr. 5 gr. 1 pf.; Hamburg d. Geib von G. Hage 1 tthr. 13 gr., Seegenberg 1 tthr., Kaufmann 1 tthr., R. R. 25 gr., M. . . . 1 tthr. 24 gr., Martell 22 gr., Jacobi 10 gr., Pausen 22 gr., Legmeister 28 gr., Gremater 25 gr., zusammen 9 tthr. 19 gr.; Hainichen Landpartie der Hainicher u. Deberaner Genossen 1 tthr.; Frankfurt a/M. d. J. Schade 2 tthr. 10 gr. — Ueber die Gelder aus Berlin wird später extra quirit. Es regnet seit einiger Zeit Maßregeln auf die Partei herab. Die dadurch wachsenden Ansprüche an den Unterstüfungsfond zwingen den Aufsicht, alle Parteigenossen und Freunde der Arbeiterfache an ihre altbewährte Opferwilligkeit zu erinnern.

Gelder sind zu senden an den mitunterzeichneten Parteilassirer O. Bennete.

Hamburg, 29. Aug. 1874. Mit Gruß!
Der Aufsicht der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
A. Geib. O. Bennete, kleiner Schäferkamp 36.

Fond für Gemahregelte.
Bom Arbeiterverein Markantstätt 8 gr.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilsscheine bez. Antheilquittungen erhielten ferner: In Neub- nitz Fr. 2. 10 tthr.

Triestkasten
der Redaktion. C. Häter in Zürich: Der Vorsitzende der Control-Commission ist Carl Käger, Bez. I, 75 Coburg, wie in Nr. 90 des „Volkstaat“ nachzulesen ist.

Quittung.
der Expedition. Dembrdt, Hohenstein Schr. 2 tthr. Schll Lindenan Schr. 14 gr. Pir Rotterdam Ab. 3. Au. 16 gr. Gdfr Nordhausen Schr. 2 gr. 5. Maurerger. Nürnberg Ann. 5 gr. Gräbgrz das. Ann. 7 gr. 2. Schr. Dresden Schr. 3 tthr. 16. Schr. Birkensfeld Schr. 21 gr. F. R. Hildesheim Schr. 1 tthr. 5. Subrat Dresden Schr. 2 tthr. C. M. Radenheim Schr. 10 gr. Just Dresden Schr. 8 tthr. Holzarbeitergew. das. Ann. 5 gr. Arbeiterpartei das. Ann. 17 gr. 5. Mannf., Fabrik- u. Handarbeitergew. Breslau Ann. 17 gr. 5. Arb.-Berein Gohlis Ann. 14 gr. Gedrch Dölig Ab. 5 gr. 5. Wöhr hier Ann. 16 gr. Mll hier Ab. Newporter Arb.-Zg. 1 tthr. 5. 3. Mll hier Ab. 8 tthr. Kch Oberhausen Schr. 10 gr. 5. Gewerksch. d. Metallarbeiter in Berlin Ann. 12 gr. Sterchen Eßlingen Ab. Aug. 8 tthr. 23. 5. — A. Gaerte in Eisenach: Kochfort's Laterne erscheint in wöchentl. Lieferungen à 2 1/2 gr. Zahlung pränumerando. Sterbrn Eßlingen: Rathgeber f. Gew. erscheint demnächst in 2. neuer Auflage; Grundzüge d. Gesellschaftswissenschaft nicht auf Lager.

Anzeigen u.
Die rechts in [] angegebene Ziffer ist der Preis der betreffenden Annonce.

Augsburg Sonntag, den 6. September, feiert der Sozialdemokratische Verein sein „Stiftungsfest“ im Köfchgarten, wozu alle Arbeiter und Gesinnungsgenossen eingeladen sind. — Entré 6 kr. à Person. Der Ausschuß. [15]

Berlin Metallarbeitergewerkschaft. Sonnabend, den 5. September c., Abends halb 9 Uhr: Monatsversammlung bei Rade, Auguststraße Nr. 80. — Kassen- und Revisionsbericht. Krankenassenangelegenheit. Die Mitglieder wollen recht pünktlich erscheinen. Protokolle werden vertheilt. Der Bevollmächtigte. [6]

Connewitz Arbeiterverein. Mittwoch, den 2. Sept., Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Vereinslokale. — L. D.: 1) Sozial-pol. Wochenbericht. 2) Zur Sebanfeier. — Gäste willkommen. D. B. [6]

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Donnerstag, d. 3. Sept.: Versammlung im „Eldorado“. 1) Disputation über Punkt 8 des Programms. Referenten: Martini und Guntzmann. — 2) Sozial-pol. Wochenbericht. Ref.: Koch. Der Vorstand. [15]

Geburts-Anzeige.
Meinem Bruder Joseph Luba sowie allen meinen politischen Freunden in Schwaben zur Nachricht, daß ich am Freitag, den 28. August Morgens 5 1/4 Uhr, von meiner Frau mit einem gesunden Knaben beschenkt wurde. Luze (Wöbmen), den 29. August. Anton Knourel. [17 1/2]

Leipzig: Berantw. Redakteur: M. Preißer. (Redaktion und Expedition Zeitersch. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.